

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Briefporto 2.- Mark, für Selbstabholer 1.80 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleggeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. — Telefon: Sammelnummer 72208 — Postcheckkonto Leipzig Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Taubacher Str. 19/21  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon:** 72208. — **Verlag in Leipzig:** Taubacher Straße 19/21 — Telefon 72208

**Inseratenpreise:** Die 10 gespalt. Kolonnenzeile 35 Pf., bei Platzvorkauf 40 Pf., Stellenangebote 10 gesp. Kolonnenzeile 25 Pf. Familienanzeigen von Privaten die 10 gesp. Kolonnenzeile mit 50% Nachsch. Reklamszeile 2 Pf. Inserate v. ausw.: die 10 gesp. Kolonnenzeile 40 Pf. bei Platzvorkauf 50 Pf., Reklamszeile 2.25 Pf.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postämter entgegen

## Die Länderkonferenz in Berlin

### Der Auftakt

Am Montag ist in der Reichstanzlei die Deutsche Länderkonferenz eröffnet worden. Etwa hundert Ministerpräsidenten, Minister und Regierungsoberhäupter sind versammelt. Das Außere der Konferenz spannt die Erwartungen hoch — mit Unrecht! Der Gang dieser Versammlung ist nur eine Verbeugung vor dem größten politischen Problem Deutschlands, der Frage des Einheitsstaates — aber nicht mehr. Trotz des äußeren Glanzes wird von dieser Konferenz große geschichtliche Tat nicht ausgehen. Sie wird die deutsche Frage ebensowenig lösen wie jene Versuche der Regierungen zwischen 1849 und 1870, die sämtlich gescheitert sind.

Schon der Auftakt zu der Versammlung zeigt, was man von ihr erwarten kann. Das Programm, das Reichstanzler May bei ihrer Eröffnung entwickelte, zieht ihr von vornherein enge Grenzen: Beseitigung der Enklaven, Erörterung der Uebernahme einzelner Verwaltungszweige auf das Reich, Verwaltungsreparatur. Das man zur Beseitigung der Enklavenwirtschaft einen so großen Apparat in Szene setzt, — das ist ein Selbstzeugnis der Bureaukratie gegen die eigene Wirksamkeit und Brauchbarkeit.

Der bisherige Verlauf läßt schon eine gewisse Resignation erkennen. Der Hamburger Bürgermeister Petersen, der über das staatsrechtliche Verhältnis von Reich und Ländern sprach, hat zwar das Problem gezeigt, aber auch die Schwierigkeiten der Lösung. Sein Referat gliederte in folgenden Gesichtspunkten:

1. Durchführung des demokratischen Prinzips der Reichsverfassung auch bei der Einwirkung der Länder auf die Willensbildung des Reiches. — Hier ist ein entscheidender Punkt: Durchführung dieses Prinzips heißt, Preußen das Gewicht im Reichsrat geben, das ihm nach seiner Einwohnerzahl zukommt, bedeutet die Aufhebung der künstlichen Majorisierung Preußens.
2. Stärkung der Reichsgewalt. — Man wird hören, was die bayrischen Vertreter dazu sagen.
3. Vereinheitlichung der politischen Willensbildung in einem einzigen Reichsparlament und damit Vermehrung der Stimmkraft in der Verwaltung des Reiches. — Das ist die große politische Frage. Man wird sehen, ob das Zentrum sich und seine Minister diesen Gedanken aneignen werden.

Die positive Gegenwartsforderung Petersens aber heißt: Einsetzung eines Sachverständigenausschusses. Eine so ersäufte Versammlung soll nur zusammenkommen, um eine Kommission zu wählen? Hier ist ein Punkt, bei dem die Öffentlichkeit aufmerken muß. Sollte der Plan bestehen, den famosen Lütjehund zum Sachverständigenauschuss zu ernennen?

Im Anschluß an das Referat Petersens sprach der württembergische Staatspräsident Baurle, der die Verfassung, die Bismarck dem Reich gegeben habe, als Ausfluß höchster staatsmännischer Weisheit pries. Dann hielt der Ministerpräsident Bayerns, Dr. Held, sein Referat über Reich und Länder. Held erklärte, nicht nur im Namen seiner Regierung, sondern auch im Sinne des „weitläufig überwiegenden Teiles des bayrischen Volkes“ zu sprechen. Er führte u. a. aus, für eine durchgreifende Revision der Verfassung sei nach vielfach vertretener Auffassung die Zeit noch nicht gekommen. Immerhin liege sich aber ein gewisses Mindestprogramm durchführen, und zwar auch ohne Verfassungsänderung. Hier käme vor allem in Betracht:

1. Eine Verbesserung des Finanzausgleichs, der den Lebensinteressen der Länder wirklich Rechnung trage.
2. Ein Ausbau weiterer Zuständigkeiten zugunsten der Länder auf der Grundlage der Augustvereinbarungen des Jahres 1922. Auch den wirtschaftlichen Forderungen der Länder in bezug auf das Beschäftigungswesen für Heer und Verkehrsweisen könnte ohne weiteres noch der kulturelle Gesichtspunkt der Erhaltung der Eigenstaatlichkeit und Selbständigkeit der deutschen Länder dringend gebiete. Die Zentralisierung würde eine Verdünnung der jetzt bestehenden Kulturzentren bedeuten. Der gesunde Wettbewerb der einzelnen Staaten und Stämme im Deutschen Reich sei ja die Grundlage für die Erhaltung und Fortentwicklung der deutschen Gesamtkultur. Gerade wer die Einheit des Reiches als das höchste Gut des deutschen Staatsbürgers ansehe, müsse das Einheitsreich mit seinen nivellierenden und zersetzenden Einflüssen ablehnen.

Im weiteren Verlauf dieser Konferenz wird der preußische Ministerpräsident Otto Brauns über die Frage des Einheitsstaates sprechen. Er wird als Führer des größten deutschen Landes die Stellung vertreten, die er in der Öffentlichkeit wiederholt eingenommen hat: Preußen ist bereit, im Reich aufzugehen, sobald es die Gewissheit hat, daß sein Schritt nicht eine Stärkung und Verewigung des Partikularismus und der Zerissenheit bedeutet.

Das Problem der deutschen Einheit wird auf dieser Konferenz von allen Seiten her beleuchtet werden. Die Lösung aber muß vom Volke selbst kommen. Das Volk selbst muß die Hemmungen und Widerstände, die auf dieser Konferenz zutage treten werden, beseitigen.

Davidowitsch die Stellung der Regierung stark erschüttert. Duktischweise ist es offenbar nicht gelungen, durch die Uebergabe seines bisherigen Portefeuilles als Innenminister an eine andere radikale Persönlichkeit die Widerstände aus dem demokratischen Landestag zu überwinden. Fast einmütig setzte sich der demokratische Landestag für die von Davidowitsch verfolgten Richtlinien ein. Damit war das Schicksal der gegenwärtigen politischen Kombination in Südrussland schon so gut wie besiegelt.

### Woldemaras' Besuch in Berlin

#### Neues Bluturteil in Litauen

SPD Riga, 16. Januar.  
Antisch wird aus Rowno mitgeteilt, daß der litauische Ministerpräsident und Außenminister Woldemaras am 24. Januar seine Reise nach Berlin antritt, um dort mit Dr. Stresemann über eine Reihe schwebender Fragen sich auszuspochen. Es handelt sich vor allem um die Vorbereitung der deutsch-litauischen Wirtschaftsvereinbarungen.

Vor dem Kriegsgericht in Wilkomie in Litauen wurde am Sonnabend wiederum eine ganze Reihe unter dem Verdacht der Spionage stehende Personen abgeurteilt. Das Urteil gegen den Haupttrüdelführer lautete auf Tod durch Erschießen. Ein anderer Angeklagter erhielt lebenslänglichen Kerker, ein dritter wurde zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt.

### Chamberlain reist nach Warschau

Wie zuverlässig verlautet, wird der englische Außenminister Chamberlain im Laufe des Mai nach Warschau reisen, um dort aus eigener Anschauung die Probleme des Ostens kennenzulernen und mit dem Marschall Piłsudski sowie mit den polnischen Regierungsstellen persönlich Fühlung zu nehmen.

### Bomben

III Wie aus Tetuan (Marokko) gemeldet wird, wurde das Dorf der Beni Curulis, in dem sich einige Aufständische befanden, von einem Flugzeug aus bombardiert.

Bei dem Angriff eines amerikanischen Marine-Flugzeugwaders auf die Festung des nikaraguanischen Generals Sandino, El Chipote, bei dem die Flugzeuge teilweise Handgranaten benutzten, wurden 40 Aufständische getötet.

## KPD-Reformismus ist Trumpf

### Das Programm Brandler

Von A. Gurland, Leipzig.

Seit der Stabilisierung der mitteleuropäischen Wirtschaft ist der Kommunismus in arge Seelennöte geraten. Als die Inflation noch die Gehirne der Arbeiter beherrschte, konnte sich jene Babanquepolitik breitmachen, die durch den Namen Ruth Fischer ihre unauslöschliche Weihe erhielt. Doch der Inflationspuff war bald verfliegen, und schon Ende 1925 gab es in der Komintern ein neues Kommando: Feuer gegen links! Der Eklibrief an die deutsche Zentrale, die Abjagung der Fischer-Maslow-Garnitur: das war nur der Prolog zum internationalen Kampf gegen die „linke“ Gefahr, der vor wenigen Wochen seine Krönung fand in dem Ausschluß der alten Garde der Bolschewiki aus der KPD der Sowjetunion. Der Kampf ist soweit gegangen, daß selbst unter den getreuesten Anhängern des Apparates eine stark deprimierte Stimmung herrscht, daß selbst hier die Angst vor den „Rechten“ immer größer wird. Auf dem 15. Parteitag der KPD der SU waren es die Vertreter der jüngeren Generation, Schachtin und Lominadse, die vor der rechten Gefahr warnten und die Wiederaufnahme des Kampfes gegen die Rechtsströmungen in der Komintern, die nach ihrer Darstellung in den aufrührerischen Parteien besonders stark seien, verlangten. Aber siehe da: Bucharin selbst, seit der Abjagung Sinowjews der Grohinqvisitor der Komintern, stellte sich schüßend vor die Rechten, und namentlich Heinrich Brandler, dem Organisator der berühmten „Oktobernerlage“ vom Jahre 1923, galt die Verteidigungsrede des Haupttheoretikers des Stalinismus. Wir zitieren das Stenogramm:

„Ich behaupte“, sprach Bucharin, „daß Brandler, trotz der von ihm begangenen schweren Fehler, niemals ein solches Renegatentum begangen hat wie Trozki, Sinowjew und Kadei. (Zuruf: Richtig!) Brandler hat sich nach der Beurteilung seiner Fehler durch das ZK nicht zusammengeworfen; vier Jahre lang hat er wie ein Loter geschwiegen und eine solche Disziplin beobachtet, die ich vielen unserer Anhänger als Beispiel empfehlen möchte.“

Mit dem Kampf gegen die Rechte scheint es also Effig zu sein. Wie sich in der russischen KPD die Rechte (Rykow, Kollin, Petrowski) mit dem „rechten Zentrum“, den Leuten des Apparates, den Stalin, Wolotow, Kaganowitsch, Mikojan, in die Macht teilen, so wird auch das Zentralkomitee der KPD auf der Basis einer Machtteilung sowohl von den Leuten des Apparates, den „Stalinisten“ und „Thälmannianern“, einerseits, den Anhängern der ausgesprochenen Rechten, den „Brandlerianern“ andererseits, als deren prominentester Vertreter Ernst Meyer in der Zentrale sitzt, beherrscht. Und die letzten Entlarvungen der alleswissenden Urbahns-Maslow-Leute haben ja bereits einiges Licht darüber verbreitet, wie der Kampf um die Reichstagsmandate zwischen Thälmannianern und Brandlerianern vor sich geht. Brandler selbst soll heimkehren und den Kampf um die von ihm „vier Jahre lang“ totgeschwiegene Politik aufnehmen. Und es ist in Wirklichkeit heute schon so, daß bei aller theoretischen Genialität des geistigen Hauptes des Herrn Thälmann, Heinz Neumanns des Wandlungsfähigen, die offiziöse Antwort der Thälmann-Nichtung auf die Anfragen der beinahe in geschlossener Fraktion auftretenden Rechten immer schwächer, immer farbloser, immer nichtsagender wird. Die Anfragen aber, die die Brandler, Meyer, Köhler, Riß gegen den herrschenden Parteikurs erheben, sind auch für den Außenstehenden nicht gerade uninteressant. Hören wir einmal näher hin:

„So unerwünscht es ist, so ist es doch Tatsache, daß sich unsere Stellung gegenüber der SPD und den reformistischen Gewerkschaftsführern in den tagtäglichen Kleinkämpfen erschwert hat.“ „Die Bekämpfung der sozialdemokratischen Politik“ erfordert wiederum, daß unsere Genossen Klarheit über Ziel und Weg unseres Kampfes zum Sturz des Kapitalismus besitzen. Diese Klarheit fehlt in der Partei zum großen Teil. „Die kommunistischen Arbeiter“ sind oft nicht genügend in der Lage, den Argumenten der Reformisten entgegenzutreten, und helfen sich deshalb lieber in Schmelgen. Das trägt dazu bei, daß unsere Parteigenossen in den entstehenden Kämpfen meistens nicht die Führung in der Hand haben, sondern mehr oder weniger im Schlepptau der SPD und Gewerkschaftsführer segeln.“

„Die Mitgliederzahlen der Partei stagnieren. Das Leben in den Zellen wird durch die ungeheure organisatorische Kleinarbeit, die auf jedem Mitglied in der Organisation lastet, und durch den vielfach vorherrschenden Schematismus, aber besonders durch die nicht genügende Politisierung der Zellenarbeit gelähmt. . . . Wohl wird auch im allgemeinen darüber geredet, daß die Verbindung zwischen den einzelnen Aktionen hergestellt werden müsse, jedoch, wie das gemacht werden soll, welche gemeinsamen allgemeinen Kampfaufgaben gegeben sind, darüber wird nichts gesagt. Darin eben zeigt sich der Hauptmangel unserer Parteiarbeit. Die einzelnen Kampagnen zerfallen und erscheinen nicht als ein Teil der einen großen Kampagne, die für die deutsche Arbeiterklasse die wichtigste ur- entscheidende ist und die gerichtet ist gegen die deutsche Bourgeoisie und ihren Staat und auf die Diktatur des Proletariats.“

Die Kommunisten „müssen darum, wollen sie Kommunisten bleiben, die Verbindung zwischen den heutigen Tagekämpfen und dem Kampf um das Endziel aufgeben“. . . . in unserer tagtäglichen Politik zeigen wir nicht genügend, in welcher Beziehung der

### Theater fürs Volk!

#### Eröffnung der panamerikanischen Konferenz

SPD London, 16. Januar.

In Havanna ist am Montag mit großer Feierlichkeit der Panamerikanische Kongress zusammengetreten. Präsident Coolidge, der bei seiner Ankunft durch ein anderthalbstündiges Pfeifen der Schiffssirenen geehrt wurde, hielt die Eröffnungsansprache, in der er zunächst die kulturelle und demokratische Sendung des amerikanischen Kontinents pries. Er sei besser, stellte er fest, wenn die Völker selbst ihre Fehler machten, als daß die Fehler von den Obrigkeiten für sie gemacht würden. Coolidge pries hierauf die amerikanische Friedensliebe. Die amerikanischen Nationen hätten niemals an militärische Größe geglaubt, und die Konferenz in Havanna trete zusammen, um die friedlichen Beziehungen der amerikanischen Staaten untereinander auszuüben. Sämtliche an der Konferenz teilnehmenden Staaten, große wie kleine, befänden sich auf dem Fuße absoluter Gleichberechtigung. Bedinglich amerikanische Probleme seien zu erörtern, deshalb stelle die Konferenz keinerlei Ausdruck eines Gogenzuges zu irgendeinem anderen Land oder einer anderen Organisation dar. Diese Feststellungen waren offensichtlich auf den Völkerbund gemünzt.

Am Schlusse seiner Ausführungen, die kein Wort über die Vorgänge in Nicaragua enthielten, feierte Coolidge die Presse. Er beendete dann seine Ausführungen mit einem Hymnus auf den Geist, den die amerikanischen Staaten bei der Lösung der zwischen ihnen auftretenden Meinungsverschiedenheiten stets ausgezeichnet hätte.

### Regierungskrise in Südflawien?

III Belgrad, 16. Januar.

Minister Bosa Popowio überreichte heute dem Ministerpräsidenten ein Auktionsgeuch. Wie in politischen Kreisen verlautet, bedeutet das die Eröffnung der Regierungskrise. Man rechnet zuverlässig damit, daß die demokratischen Minister noch im Laufe des morgigen Tages ihren Austritt aus der Regierung ankündigen werden. Allgemein wird die Demission der Regierung Dukičewitsch-Markowitsch für morgen erwartet. — Wie zu erwarten war, hat die Faltung des demokratischen Parteiführers